

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

BMB-10.000/0291-Präs.3/2016

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 10278/J-NR/2016 betreffend Erhöhung der Staatsausgaben, die die Abg. Werner Neubauer, Kolleginnen und Kollegen am 16. September 2016 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 9:

- *Können Sie den in dieser Grafik angegebenen Anstieg der Ausgaben, Ihr Ressort betreffend, bestätigen?*
- *Was sind die Gründe für diesen rasanten Anstieg?*
- *Welche COFOG-Gruppen sind von dieser Ausgabenerhöhung betroffen?*
- *Worauf ist in der jeweiligen von Ausgabenerhöhung betroffenen COFOG-Gruppe dieser Anstieg zurückzuführen?*
- *Sind in diesen Gruppen künftig Einsparungen vorgesehen?*
- *Wenn ja, welche und wie sollen diese verwirklicht werden?*
- *Was werden Sie in Ihrem Ressort unternehmen, um diesem Trend entgegen zu wirken?*
- *Gibt es Bereiche, wo man die Ausgaben künftig weiter steigern will bzw. muss?*
- *Wenn ja, warum?*

Eingangs wird festgehalten, dass es sich bei der im einleitenden Teil der Parlamentarischen Anfrage angesprochenen Grafik um die Darstellung einer international standardisierten Statistik handelt, bei der die Ausgaben des Gesamtstaates gemäß dem Konzept des ESVG aufgegliedert nach COFOG-Gruppen dargestellt werden.

Ein unmittelbarer Zusammenhang mit den Ausgaben einzelner Bundesministerien bzw. des Bundesministeriums für Bildung lässt sich nicht ableiten, da im Sinne einer weiten Betrachtung einerseits die Ausgaben nicht nur des Bundes, sondern auch der Bundesländer, Gemeinden, Sozialversicherungsträger und zahlreicher ausgegliederter Einheiten dargestellt werden, und andererseits die funktionale Gliederung nach COFOG sich nicht mit der Ressortgliederung deckt. Zudem entspricht das Ausgabenkonzept nicht dem der Rechnungsabschlüsse von Bund, Ländern etc., sondern dem auch für Maastrichtzwecke verwendeten ESVG-Konzept.

Im Übrigen wird auf den Strategiebericht zum Bundesfinanzrahmengesetz 2017 bis 2020 für die Untergliederung 30 verwiesen, in welchem unter anderem die wichtigsten laufenden und geplanten Maßnahmen und Reformen sowie die Auszahlungsschwerpunkte des Bildungsressorts verzeichnet sind.

Wien, 16. November 2016
Die Bundesministerin:

Dr.ⁱⁿ Sonja Hammerschmid eh.

